Beweis, daß der Staat die "Linken" Gewalttäter steuert

01.09.2018 11:57

Von Bernd Wolfgang Meyer

Ab 1988 war zu beobachten, daß sowohl ZDF, als auch ARD gezielt von linken Akteuren, wie sämtliche großen Zeitungsverlage, Radiosender und Buchverlage und die übrigen TV Sender ebenso, unterwandert wurden. Nach Anschluß der DDR 1989 wurde die Unterwanderung aller bundesdeutschen Medien professioneller und mutmaßlich von DDR Ideologen und Stasiseilschaften mit finanzieller Unterstützung des SED Vermögens in Höhe von 2 Milliarden DM, von denen nur einige hunderte Millionen in treuhänderischer Verwaltung durch die ÖKP, Österreichische Kommunistische Partei, Wien, aufgefunden, nicht aber beschlagnahmt werden konnten oder durften. Der große Rest gilt bis heute als verschollen und dient mutmaßlich der Finanzierung der umfassenden Unterwanderung, die definitiv dem Ziel folgt, die Gesellschaft der Bundesrepublik zu zersetzen, zu spalten und unter gefälliger Einbeziehung der gerade von den US-Amerikanischen Sozialisten, der Demokratischen Partei, entwickelten political correctnes, die Grundlage einer Sozialistischen Herrschaft zu bereiten.

Fruchtbaren Nährboden fand man in der PDS, den Grünen, der SPD, und nach offensichtlicher Einschleusung der kommunistischen Agitpropagentin Angela Merkel allmählich auch in der CDU, als beherrschender Partei der CSU, die sich den in Aussicht gestellten paradiesischen Zuständen einer vollkommen politischen Kontrolle aus Selbstnutz nicht zu entziehen vermochte. Die FDP, das was nach Erich Mende von ihr verblieb, verfolgte und verfolgt ohnehin das Ziel, immer an der politischen Macht gleich welcher Konstellation, teilzuhaben, wie man an den Piruetten des Herrn Lindner, frisch gebackener Jäger, unschwer nachvollziehen kann.

Da alle politischen Parteien und jeder einzelne Politiker in einer jeden Demokratie stringent auf wohlwollende Presseberichterstattung angewiesen sind, lag nahe, dass ein Bund zwischen den Staatssendern und den etablierten Parteien zu schließen war, der eventuell aufkommende Konkurrenz zu verhindern und sich der Indoktrination und Manipulation des Wahlvolkes zu widmen hat und dazu das Monopol der Veröffentlichung anstrebt. Das Propagandaministerium, Der Rotfunk, war geboren. Und als nächster Schritt wurde die Finanzierung mittels Zwangsgebühren in Höhe von 8,5 Milliarden Euro per Jahr überaus großzügig und wohlwollend gesichert.

Zur Beute nimmt man sich einen demokratischen Staat nicht durch lapidares Einfangen von Wählerstimmen, sondern wesentlich effektiver und nachhaltiger durch die monopolistische Beherrschung aller Nachrichten und veröffentlichten Meinungen, womit das jüngste Netzdurchsetzungsgesetz der SPD, von dem Rest der herrschenden Parteien fulminant begrüßt, seine Berechtigung erlangt. Zur Abrundung unangreifbarer Macht gehört, nach überzeugender Auffassung aller bisherigen Sozialistischen Systeme, das entsprechende Werkzeug, gewissen Terror in die Gesellschaft zu vertiefen, womit der Schwarze Block, die Antifa, gestiftet von Josef Stalin persönlich zum Anlaß des Spanischen Bürgerkrieges, ihre Berechtigung ableitet. Die Antifa wird jeweils von dem Ministerium für Familie, vormals aufrechte Schwesig, SPD und nun ebenfalls SPD, mit weit mehr als hundert Millionen Euro pro Jahr finanziert, die

Motivation zu erhalten. Weitere beträchtliche Mittel stammen aus diversen anderen Haushalten, bis hin zu kommunalen Unterstützungen. Dies erfolgt ohne Widerspruch der unterrichteten Parteien der Etabliertengruppe und mit vollem Einverständnis aller "Qualitätsmedien".

Die AfD hofft man allmählich durch Teilhabe an den überaus lukrativen "Fleischtöpfen", siehe Erhöhung der Parteizulagen wegen Internetkosten, zur willfährigen Räson zu bringen, oder aber durch Konstruktionen der beherrschten Justiz, Verfassungsschutz und sonstigen praktischen Institutionen schlussendlich zu eliminieren. Die Zielsetzung ist erkennbar die grenzenlose Auflösung deutscher Souveränität, unterstützt durch eine Vielzahl ethnischer Gruppierungen, zu einem Verfügungsgebiet einer Sozialistischen EU. Wer sich nicht zur Wehr setzt, begeht Rechtsbruch gegenüber dem Grundgesetz.